

Gegen Nazis-Raus-Verleumdung von ImpfpflichtgegnerInnen – für die Entlarvung der wirklichen Nazis

Seit einiger Zeit gehen jede Woche in ganz Deutschland in vielen hundert Aktionen Zehntausende gegen die drohende Impfpflicht auf die Straße. Die VertreterInnen der herrschenden Pandemie-Maßnahmen von der CDU bis zur DKP, dem Zero-Covid-„Linken“ und den „Antifas“ bekämpfen die TeilnehmerInnen mit wüsten Beschuldigungen. Es ist richtig, kritisch auf die Teilnahme von Faschisten hinzuweisen (nach dem Motto: „Keinen Fußbreit den Faschisten!“) und ihren Ausschluss bei Veranstaltungen zu verlangen. Aber es ist verleumderisch, die Masse der Teilnehmenden zu beschuldigen, mit Faschisten **zusammenzuarbeiten**, wenn sie Demonstrationen und Spaziergänge gegen die Allgemeine Impfpflicht nicht sofort verlassen, an denen Faschisten (erkannt oder unerkannt) teilnehmen. Teilnehmende werden von „Antifas“, „Omas gegen rechts“ und der VVN-BdA sogar ohne Umschweife direkt als Nazis beschimpft, deren Propaganda man unterbinden müsse. *„Ihnen (dem III.Weg, den „Freien Sachsen“ und der AfD) ist es in diesen Wochen gelungen, die von Anfang an wissenschaftsfeindliche, egoistische und nach Feindbildern gierende Szene der deutschen Impfgegner*innen in nie dagewesenem Ausmaß bundesweit in vielen Städten zu mobilisieren“*. So die Erklärung „Mit Nazis marschieren ist kein Spazieren“ der VVN vom 18.1.2022.¹ All diese Verleumder handeln unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, des ehemaligen Kanzleramtsministers und Geheimdienstchefs Steinmeier: *„Wer sich gegen unser Recht stellt und sich mit selbst erklärten Staatsfeinden und verfassungsschutzbekannten Rechtsextremisten gemeinmacht, der kann sich nicht mehr glaubwürdig auf Demokratie und Freiheit berufen. Der ‚Spaziergang‘ hat seine Unschuld verloren“* (FAZ 19.02.2022). Laut Duden bedeutet sich gemeinmachen, sich auf die gleiche Stufe stellen. Steinmeier beschuldigt also alle, die gegen die Impfpflicht auf die Straße gehen, auf der gleichen Stufe wie Faschisten zu stehen und sich mit ihnen zu verbrüdern. Wer gegen „unser Recht“ ist, also z. B. gegen Verordnungen der Regierung und Ausnahmegesetze des Bundestags, die der Exekutive freie Hand auch zu sinnlosen Maßnahmen lassen, soll kein „Demokrat“ mehr sein. Denn es ist „unser Recht“. Muss man dann nicht auch die vielen Gerichtsurteile verurteilen, die „unser Recht“ in Einzelfällen für rechtswidrig erklärt haben? Und wie steht es mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, der die Umsetzung „unseres Rechts“ auf Impfpflicht im Pflege- und Gesundheitswesen aussetzen will oder zumindest wollte?

Unter dem Vorzeichen „klare Kante gegen Rechts“ werden überall in Deutschland auf Initiative der Impfpflichtparteien und ihren Anhängern Erklärungen verabschiedet sowie Gegendemonstrationen und Mahnwachen organisiert. „Antifaschismus“ wird die Befürwortung der Allgemeinen Impfpflicht genannt, „Faschismus“ ihre Ablehnung. Die Frankfurter Erklärung, die u.a. vom DGB-Chef und der Linken-Vorsitzenden Janine Wissler unterschrieben wurde, beschimpft sogar alle SpaziergängerInnen als Corona-LeugnerInnen. Pauschale Verleumdung gilt als demokratisch, sachliches Argumentieren als antidemokratisch.

Die selbst ernannten Antifaschisten setzen sich nicht mit der Corona-Politik von tatsächlichen Faschisten und Rechten auseinander. Sie bekämpfen vor allem die, die sie als Faschisten verleumden, nicht die wirklichen Faschisten. Es gibt also Nachholbedarf in der Frage, wie und warum Faschisten in der Bewegung gegen staatliche Pandemiemaßnahmen und gesetzliche Impfpflicht agieren. Im Folgenden ein Versuch dazu. Wir beschränken uns dabei auf die Opposition der AfD, einer rechten Partei mit einem starken Hang zum Faschismus. Sie ist die einzige Kraft, die z. Zt. Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung zumindest in Ostdeutschland hat. Offen faschistische Kräfte wie die NPD u. a. treiben ihnen Wähler zu.

Rechts gleich links und Links gleich rechts?

„Wir sind weder rechts noch links“ - hört man oft dort, wo man sich politisch nicht zuordnen lassen möchte, wobei schon eine gewisse Gleichsetzung erfolgt. Es herrscht dabei bestenfalls eine gewisse

¹ <https://shop.vvn-bda.de/index.php/flugblaetter/flyer-antifaschismus-ist-kein-spaziergang.html>

Ahnungslosigkeit davon, dass mit dieser Parole auch diejenigen unterwegs waren, die vorhandene fundamentale politische Widersprüche verwischen und wirkliche Absichten verschleiern wollten. Das waren und sind insbesondere Faschisten in ihren Bestrebungen nach einer so genannten „Querfront“. In Deutschland gibt es auch eine amtliche Gleichsetzung von links und rechts unter dem Oberbegriff Extremismus. *„Somit dient der Begriff des Extremismus im amtlichen Verständnis einerseits zur Kennzeichnung eines bestimmten Handelns der Exekutive, insbesondere der Verfassungsschutzbehörden, und andererseits in diesem Kontext als Oberbegriff für Rechtsextremismus und Linksextremismus“*². „Extreme“ rechts und links werden vor allem vom Verfassungsschutz gleichgesetzt, der nach den Weisungen der Regierungsparteien handelt. Das bedeutet, dass von den Regierenden, die ja sämtlich die Mitte repräsentieren wollen, keinerlei Gefahren in Richtung Faschismus ausgehen können. Dass der Hitler-Faschismus mit Hilfe der bürgerlichen Parteien der „Mitte“ die Regierung stellen konnte und diese sich zugunsten der NSDAP auflösten, wird mit dem Begriff Extremismus ausdrücklich für ausgeschlossen erklärt. Die Theorie, dass sich die Extreme nach Linksaußen und Rechtsaußen im bürgerlich-gesellschaftlichen Abseits eben wieder treffen („Hufeisentheorie“, „rot = braun“) traf in erster Linie die kommunistische Arbeiterbewegung (FDJ, KPD) und ihre Organisationen, die schon durch den Faschismus verboten waren und in den Fünfziger Jahren als Extremisten mit ihren Unterdrückern gleichgesetzt und wieder verboten wurden. Sie wurden und werden damit heute noch verleumdet.

Der Extremismusvorwurf erteilt der „Mitte“, d. h. den Kräften des Bürgertums und des Kapitals die Absolution, eine Quelle von Faschismus, bzw. in seinen Vorstufen, der Faschisierung zu sein. Der Extremismusbegriff dient auch dazu, die massive Einbeziehung von Altnazis durch Parteien der „Mitte“ in den Aufbau der Bundesrepublik zu verdecken. Verdeckt wird auch, dass ein bedeutender Teil der Kriegsverbrecher und KZ-Mörder nie vor Gericht gestellt wurde, oder wenn überhaupt, dann Jahrzehnte später. Mit den Worten Links, Mitte, Rechts wird verdeckt, dass es die Eigentumsverhältnisse und die ihnen entsprechenden ökonomischen Interessen sind, die den politischen Verhältnissen zugrundeliegen. Die Eigentumsverhältnisse, die zur Zeit des Hitlerfaschismus herrschten, bildeten im Wesentlichen auch die ökonomische Grundlage der BRD.

Wenn die Regierenden und ihre Hilfskräfte DemonstrantInnen gegen die Impfpflicht als rechts verleumden, erklären sie sie zugleich zu Rechtsextremisten, deren Aktivitäten eigentlich verboten werden müssten. Sollten sich links stehende Personen beteiligen, werden auch sie mit Rechtsextremen und Faschisten in einen Topf geworfen.

Sind alle, die gegen die Impfpflicht sind, deswegen rechts?

Die AfD (Alternative für Deutschland) ist 2021 mit 83 Abgeordneten in den Bundestag eingezogen. Sie spricht sich als rechte und zu Faschisten offene Partei **gegen** die Impfpflicht aus, deren Einführung von allen anderen Bundestagsparteien vorbereitet wird. Die Impfpflicht soll dazu beitragen, *„eine mögliche Herbstwelle eines möglichen unbekanntem Virus mit einem möglichen noch unbekanntem Impfstoff verhindern zu wollen“*³. Die gesetzliche Impfpflicht soll eine Art Notstandsgesetz sein, das im Bedarfsfall bzw. zur Vorbeugung angewandt werden soll.

Die AfD schwingt sich zur Sprecherin der Ungeimpften und der geimpften GegnerInnen der Impfpflicht auf. *„Es hat sich gezeigt, dass die derzeit zur Verfügung stehenden Impfungen nur bedingt und zeitlich eng begrenzt vor schweren Corona-Verläufen schützen können. Insbesondere ist völlig unklar, in welchen Abständen sogenannte ‚Booster‘-Impfungen notwendig wären, weil auch sie eher als erhofft ihre Wirkung verlieren. Dazu kommt ihre von vornherein eingeschränkte Wirksamkeit gegen die neue Omikron-Variante. Eine Impfpflicht mit nicht ausreichend erforschten Stoffen, die in kurzen Abständen mehrfach jährlich verabreicht werden müssen, ist als unzumutbar zu be-*

2 <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/33591/extremismus-linksextremismus-rechtsextremismus/>

3 Flugblatt des Rhein-Main-Bündnisses, Stand 08.02.2022; <https://klartext-info.de/?p=1103>

zeichnen. Hinzu kommen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß offiziell dokumentierte Verdachts-Impfnebenwirkungen, deren Dunkelziffer sich bislang ebenfalls noch nicht abschätzen lässt“⁴.

Diese Argumente sind – da mögen die sich antifaschistisch, links und demokratisch einordnenden Impfbefürworter dagegen noch so sträuben - belegbar und richtig. Ausgerechnet die AfD als rechte Partei fordert, dass Impfungen freiwillig bleiben müssen. Sie lehnt die Formel „Wir impfen Euch alle“ ab, die von Antifas, aber auch von Gewerkschaftern ImpfpflichtgegnerInnen entgegengehalten wird. Die AfD fordert auch ein intaktes Gesundheitssystem und kritisiert den Bettenabbau, sie fordert eine repräsentative Erhebung, um die Herdenimmunität zu erfassen, ein Ende der Panikmache, eine breit zusammengesetzte Ständige Epidemiekommision usw. Der Faschist Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, erklärte sogar: „Vor allem braucht es ein gesundes Immunsystem, gute Ernährung, viel Bewegung, wenig Streß und ein Ende eines Ausnahmezustandes, der die Menschen verzweifeln lässt“⁵. Sollen wir uns von all diesen richtigen Aussagen, die die AfD aufgreift, distanzieren, um nicht als Rechte denunziert zu werden? Würde das wirklich dem Kampf gegen Rechts helfen?

Doch wer die Einteilung in links oder rechts für entscheidend hält, müsste alle Impfpflicht-GegnerInnen als Rechte und sogar als Faschisten abstempeln, weil sie sich mit der AfD „gemeinmachen“, d. h. auf einer Stufe mit ihr stehen. Viele derzeitige Erklärungen von Organisationen, die sich selbst als links einordnen tun dies, aber auch die führenden Medien. Wenn eine „Kontaktschuld“ mit Faschisten schon ausreicht, Personen als Faschisten abzuqualifizieren, läuft das auf eine unglaubliche Verharmlosung dessen aus, was Faschisten und was Faschismus ausmacht.

Der gegenwärtige Anstieg der Aktivitäten gegen Corona-Maßnahmen ist vor allem dem Plan geschuldet, allen Erwachsenen eine Impfpflicht aufzuzwingen, die für die abflauende Omikron-Welle keinerlei Bedeutung mehr hat. Auch Mitglieder des Expertenrats, des Ethikrats und andere namhafte Wissenschaftler und viele Ärzte haben sich gegen eine Allgemeine Impfpflicht ausgesprochen. Sie bleiben (noch?) vom Vorwurf, Rechte zu sein, verschont.

Selbst Bill Gates erklärte auf der Münchener Sicherheitskonferenz: „Leider ist das Virus selbst – insbesondere Omikron – eine Art Impfstoff, schafft sowohl B-Zellen- als auch T-Zellen-Immunität und hat es besser geschafft, die Weltbevölkerung zu erreichen, als wir es mit Impfstoffen getan haben. ... Das bedeutet, das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs, das vor allem Alte, Übergewichtige und Diabetiker betroffen hat, ist nun dramatisch reduziert ... durch die Exposition mit dem Omikron-Virus. ... Heute gibt es mehr Impfstoff als Nachfrage dafür.“⁶ Er gesteht also zu, dass die (nicht zu verhindernde) Durchseuchung mit Corona-Viren für die Immunität der Weltbevölkerung, die er zu 70 Prozent geimpft haben wollte, eine größere Wirkung hatte und hat als Impfungen. Könnte es nicht sein, dass die Allgemeine Impfpflicht in Deutschland vor allem dazu dient, die überschüssigen Bestände der 545 Millionen Impfdosen loszuwerden, die die Regierungsparteien mit Milliarden Steuermitteln überteuert gekauft haben? Es sind immerhin mehr als sieben Dosen pro Kopf der Bevölkerung über 12 Jahren!

Rechte Kräfte knüpfen an der weit verbreiteten Kritik in der Bevölkerung an

Unsere tapferen Kämpfer gegen den Faschismus übersehen, dass der Ursprung der Abneigung gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen nicht bei der AfD liegt, sondern in der Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit der Lockdown-Politik. „Je ärmer die Bevölkerungsgruppe, desto höher die Quote der Ungeimpften,“ heißt es über die USA⁷. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen unterer Schichten der abhängig Beschäftigten und der kleinen Selbstständigen führen zu einem schlechteren Gesundheitszustand, der verstärkt zu Todesfällen und schweren Erkrankungen führt. Die Regierenden zeigen wenig Neigung, an diesen krank machenden Verhältnissen etwas zu ändern, die zu einer erheblichen geringeren als der durchschnittlichen Lebenserwartung führen. Im

4 www.afd.de/gesund-ohne-zwang.de

5 <https://afdKompakt.de/2021/12/03/mit-corona-leben>

6 <https://achern-weiss-bescheid.de/2022/02/19/bill-gates-muenchen-18-2-2022-leider-ist-omikron-eine-art-impfstoffes-hat-die-weltbevoelkerung-besser-immunisiert-als-wir-mit-impfstoffen/>

7 Majid Sattar, Pandemie trifft Epidemie, FAZ 15.02.2022

Gegenteil. Sie halten die krank machenden Verhältnisse aufrecht und verschlechtern sie noch. Das erzeugt ein weit verbreitetes Misstrauen gegen die von ihnen empfohlenen Impfungen. Dass Impfungen der Gesundheit dienen sollen, stößt auf erheblich weniger Zustimmung als bei wohlhabenden bürgerlichen Kreisen. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland.

Die Pandemie kann zur Zeit nicht vorrangig dazu genutzt werden, Migranten oder das Ausland dafür verantwortlich zu machen. Es waren doch die regierenden Parteien, die in der Pandemie das gesellschaftliche Leben für alle mit völlig unverhältnismäßigen und oft widersinnigen Maßnahmen massiv eingeschränkt und damit die Lage von vielen Millionen Menschen erheblich verschlechtert haben. Faschisten müssen hier also mehr als sonst an der konkreten Unzufriedenheit der unteren Schichten mit ihrer sozialen Lage anknüpfen, ohne – wie sonst - hauptsächlich Migranten die Schuld daran zuzuschreiben. Das Hauptargument für Impfungen war für viele nicht der Schutz der Gesundheit, sondern die Möglichkeit, Cafés und Lokale besuchen, Sport zu treiben und Reisen unternehmen zu können. Denen, die sich aus diesen Gründen haben impfen lassen, fällt es mit Sicherheit schwer, eine Impfpflicht zu befürworten. Weil mit der Impfpflicht auch noch Berufsverbote drohen, gehen jetzt noch mehr Menschen als zuvor auf die Straße. Die AfD nutzt das aus.

Die AfD scheint also für die Lage der arbeitenden Schichten Verständnis aufzubringen. Demgegenüber haben sich oppositionell oder links nennenden Parteien und Organisationen, die die Interessen von abhängig Beschäftigten vertreten wollen, bei deren unteren Schichten ins Abseits manövriert. Die „Linken“ streben danach, überall noch härtere Maßnahmen zu Kontaktverboten durchzusetzen als die Regierenden. Sie unterstützen massiv die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht nicht nur für Pflegeberufe. Das trifft auf die Partei Die Linke zu, großenteils auf die DKP oder die MLPD sowie auf die maßgeblichen Kräfte der DGB-Gewerkschaften, auf den Bundes-Ko-Kreis von attac, auf Umweltschutzorganisationen wie den BUND, die Naturfreunde usw. Die regierenden Parteien und die sie unterstützenden Gewerkschaften und Organisationen liefern der AfD und offen faschistischen Gruppen und Parteien eine Steilvorlage, sich bei den unteren Schichten anzubiedern.

Die AfD ist eine rechte, aber vor allem eine bürgerliche Partei

In ihrem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2021 erklärt die Partei: *„Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit und eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft. Diese wollen wir erhalten und Fehlentwicklungen korrigieren.“* Die AfD ist also eine rechte bürgerliche Partei. Sie steht auf dem Boden der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft. Sie will diese erhalten und von Hindernissen befreien. Die AfD kann also nicht daran interessiert sein, die hinter wohl klingenden Marketing-Phrasen verborgenen egoistischen und unsolidarischen Profitinteressen (z. B. bei der geplanten Impfpflicht) auf dem Boden der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufzudecken. Wie kann man der Verleumdung entgegentreten, wer sich nicht mit Impfstoffen von Pfizer, Moderna und Astra-Zeneca impfen lassen wolle, sei ein Egoist, der ohne jede Solidarität das Leben von Anderen gefährde, wenn man den rücksichtslosen Egoismus des Privateigentums nicht aufdeckt? Dem Schutz des Privateigentums fühlen sich auch die anderen bürgerlichen Parteien verpflichtet. Auch sie lehnen Untersuchungen zu den ökonomischen Grundlagen und Interessen, die der von ihnen vertretenen Politik zugrunde liegen, kategorisch ab. Sie seien Verschwörungstheorien und Antisemitismus. *„Wer das (nämlich Theorien, die einen Sündenbock oder ‚Weltbösewicht‘ suchen) verbreitet, der will sein verschwörungstheoretisches Süppchen kochen, , der will unser Land spalten und die Menschen gegeneinander aufbringen“.* So Regierungssprecher Seibert über die Sorgen der damaligen Großen Koalition unter Merkel („Bundesregierung warnt vor Corona-Verschwörungstheorien, FAZ 12.05.2020). Der Kabarettist Dieter Nuhr nannte als eine der wichtigsten Verschwörungstheorien „Das Kapital ist an allem schuld“. Hören wir den Springer-Verlag: *„Die „Verschwörung“ bei vielen Verschwörungstheorien reduziert sich meistens darauf, dass irgendein für gefährlich gehaltenes Phänomen entweder dem Großkapital dient, gar dem jüdischen, oder dem Staat bzw. den herr-*

schenden Eliten oder bestimmten Kombinationen von Kapital und mächtigen Personengruppen“⁸ Es geht jedoch nicht darum, einen „Weltbösewicht“ oder eine Verschwörung zu suchen. Es geht nicht um Moral, um gut oder böse, sondern um knallharte offensichtliche Interessen von Aktionären und Kapitalisten an privatem Profit, die sich zum Schaden und auf Rechnung der Gesellschaft mit Hilfe des Staates durchsetzen.

Die Rolle der Pharmaindustrie und des Staates

Die wirklichen Zusammenhänge aufzudecken und zu benennen, ist für alle bürgerlichen Parteien kein Thema. Sie bekämpfen es sogar aktiv, wenn auch in verschiedenen Formen.

Die Pandemie wurde von der WHO ausgerufen. Für Die ZEIT war Bill Gates noch am 4.4.2020 der „heimliche Chef der WHO“⁹ Die Pharmaindustrie hat über ihre finanziellen Beiträge den Haupteinfluss in der WHO, nicht Staaten. Es ist die WHO, die nur Impfungen, nicht aber die menschliche Immunabwehr als taugliches Mittel zur Eindämmung der Pandemie erklärt. Die Zulassung von Impfstoffen beruht auf Studien, deren Gestaltung ohne öffentliche Kontrolle ausschließlich in der Verantwortung der Pharmaindustrie liegt. Diese entscheidet auch, welche Ergebnisse veröffentlicht werden oder nicht. Zugelassene Impfstoffe können nur produziert werden, wenn einzelne Staaten bzw. internationale Wirtschaftsverbände wie die EU und ihre Kommission sie bestellen. Die Verträge mit den Pharmakonzernen werden als Betriebsgeheimnis nicht veröffentlicht. Die geforderten Preise, die allgemein ebenso geheim gehalten werden, garantieren unglaubliche Gewinne. Die Staaten übernehmen die Haftung anstelle der Pharmaindustrie. Die Bundesregierung bestellt und bezahlt alle Impfdosen. Allein im Jahre 2021 waren es 554 Millionen.¹⁰ Sie organisiert dann – gewissermaßen als Vertriebsabteilung der Pharmaindustrie - den Vertrieb. Sie muss dafür sorgen, dass die Dosen auch verimpft werden. Sie muss die Impfstruktur, das dafür nötige Personal bezahlen, die Lager- und Transportkosten tragen usw. Und sie wendet – gewissermaßen als Marketing-Abteilung der Pharmaindustrie – viele Millionen Euro auf, um für Impfungen zu werben. Die Bundesregierung ist für den Absatz der gekauften Dosen verantwortlich. Wenn sie auf bestellten Dosen sitzen bleibt, trägt sie die Verluste.

Diese Rolle des Staates wird vom Weltwirtschaftsforum als *Privat-Public-Partnership* bezeichnet. Das ist bekanntermaßen ein beschönigender Begriff.¹¹ Die Staaten sind in der Pandemie kein Teil einer Partnerschaft, sondern haben sich ökonomisch und argumentativ der Pharmaindustrie angedient und ausgeliefert. Eine auf Vorrat verordnete Impfpflicht hält jedenfalls den Börsenhype der Aktien der Impfindustrie am Leben und verspricht eine Fortsetzung der Explosion der Renditen und des Umsatzes mit Impfstoffen.

Die gesteuerte Panik vor Sars-CoV-2 als Killervirus hat für das Kapital noch zahlreiche andere Vorteile, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Es ist vor allem besorgniserregend, mit welcher brutalen Energie ökonomische Rationalisierungsprozesse im Interesse der mächtigsten Kreise des Kapitals in allen Bereichen vorangetrieben werden. Die Digitalisierung als wichtiges Mittel dazu kann als Schutz von Gesundheit und Leben hingestellt werden.

Die AfD ist vor allem eine Partei des Kapitals

Sie tritt zum Schutz des Eigentums und für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik ein. Die AfD schützt also das Eigentum, also auch das aller Arbeitgeber, der Industrie und im besonderen das von Pfizer/Biontech & Co.

Ist ferner die angestrebte wettbewerbliche Wirtschaftsordnung auch noch dann gegeben, wenn drei Pharmakonzerne mit der EU-Kommission oder einzelnen Staaten Geheimverträge zu überhöhten Preisen abschließen können? Wurde die Einheit von Handeln und Haftung nicht im Interesse der Pharmaindustrie von der EU-Kommission und der Bundesregierung außer Kraft gesetzt? Die Eigen-

8 Hans-Ludwig Kröber, Verschwörungstheorien und Wahnhaltungen, online publiziert 10. Juni 2020, Springer-Verlag; <https://link.springer.com/article/10.1007/s11757-020-00603-2>

9 www.zeit.de/wissen/gesundheit/2017-03/who-unabhaengigkeit-bill-gates-film

10 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/131079/Deutschland-beschaffte-rund-554-Millionen-Impfdosen>

11 vgl. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2010/februar/public-private-partnership-die-pluenderung-des-staates>

verantwortung als liberales Markenzeichen existiert in diesem Fall überhaupt nicht. War die mit der Pharmaindustrie umgesetzte Vertragsfreiheit nicht die Freiheit für Geheimverträge? Die mRNA-Technik wurde mit massiven gesellschaftlichen Mitteln (Hundertern von Millionen Euro) erforscht und produktionsreif gemacht. Abhängig Beschäftigte und RentnerInnen müssen mit direkten und indirekten Steuern dafür aufkommen. Die Supergewinne der Branche daraus werden jedoch privat angeeignet. Die AfD kritisiert das nicht, obwohl man das scherzhaft als Sozialismus für Millionäre bezeichnen könnte. Sie deckt all das im Interesse des Kapitals mit leeren liberalen Sprüchen zu. Die von ihr „zu schützende“ bürgerliche Gesellschaft ist eine kapitalistische Gesellschaft, in der die Konzentration des Kapitals sprunghaft zunimmt.

Keine Kritik an der Pharmaindustrie

Die Regierenden in Deutschland und anderswo schwächen mit massiven Kontaktverboten, Bewegungsverböten, Maskengeboten, Panikmache, zeitweiligen Berufsverböten und wachsender Existenzunsicherheit das Immunsystem von Menschen. Damit schwächen sie die Fähigkeit, aus eigener Kraft eine Infektion zu überwinden. Sie schwächen mit ihren zahlreichen - aus gesundheitlicher Sicht – fragwürdigen bis sinnlosen Maßnahmen das Immunsystem und bieten stattdessen an, das von ihnen geschwächte Immunsystem mit Impfstoffen zu stärken. Zu diesem Zweck müssen sie im Interesse der Pharmaindustrie das „Zulassen“ von Infektionen als angeblich lebensgefährlich für alle Menschen darstellen. Nur eine industriell hergestellte Impfdosis, die viele Milliarden Euro, fantastische Prozentsätze an Renditen und riesige Börsengewinne einbringt, soll geeignet sein, Sars-CoV-2 zu besiegen. Die AfD hat keinerlei Interesse, diese Zusammenhänge anzusprechen, steht sie doch fest auf dem Boden der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Die AfD spricht sich jedoch gegen eine Allgemeine Impfpflicht aus, obwohl die im Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) organisierten Arbeitgeber eine gesetzliche Impfpflicht begrüßen, wenn sie verhältnismäßig, nachvollziehbar und praktikabel ist und die Durchsetzung nicht auf die Unternehmen abgewälzt wird.¹² Der Bundesverband der Deutschen Industrie stimmt ihr sogar als „*beste Medizin gegen das Virus*“ ausdrücklich zu, weil sich ansonsten die wirtschaftliche Erholung weiter verzögern könnte.¹³ BDA und BDI sind doch die wichtigsten Vertreter einer „marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik.“ Warum stimmt die AfD nicht zu und stellt sich mit ihrem Widerspruch gegen Pandemie-Maßnahmen und Impfpflicht als eine Partei hin, die gegen das Kapital Stellung nimmt?

AfD als Grundrechtspartei für Politikwechsel

Die AfD strebt einen Politikwechsel an, die Übernahme der Macht aus den Händen der „Kartellparteien“ (Björn Höcke) in die Hand der AfD. Wenn sie regierungsfähig werden will, muss sie bei den Wahlen erheblich mehr WählerInnen auf ihre Seite ziehen. Der Bad Nauheimer AfD-Landtagsabgeordnete Lichert erklärte, man kämpfe gegen alle, die durch einen ‚Staatsstreich von oben‘ versuchten, die freiheitliche Grundordnung zu gefährden (FNP 07.02.2022). Die AfD stellt die Corona-Maßnahmen als verbrecherisch hin, als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Björn Höcke, der Sprecher der offenen Faschisten in der AfD, erklärte, Tausende Menschen seien mit mRNA-Impfstoff „totgespritzt“ worden. Er sprach von einem „historischen Tabubruch“ vor dem Hintergrund der verbrecherischen Menschenversuche im Dritten Reich. Er nutzt die Ablehnung der Impfpflicht, um den Spieß umzudrehen und die Regierenden selbst des Faschismus zu beschuldigen. Dem dient auch die Darstellung, dass die diskriminierten ImpfpflichtgegnerInnen die Juden von heute wären. Höcke behauptete ferner, die Erfindung des mRNA-Impfstoffs sei ein „*verbrecherisches Mittel zur Sterilisation der deutschen Bevölkerung*“ (RND 27.01.2022). „*Wer gesunde Kinder impft, begeht ein Verbrechen*“, so der AfD-Fraktionsvorsitzende im Wetterauer Kreistag (FNP 07.02.2022). Die rechte Propaganda gipfelt darin, dass die Verbrecher vor Gericht gestellt werden müssten. Ein AfD‘ler mit Deutschlandfahne rief auf einer Demo in Frankfurt: „Die Regierung in den Knast, da-

¹² <https://arbeitsgeber.de/praesidenten-von-bda-und-bdi-zur-debatte-um-eine-allgemeine-impfpflicht/> vom 26.01.2022

¹³ <https://www.welt.de/wirtschaft/article236219650/Beste-Medizin-gegen-das-Virus-Industrie-fordert-Corona-Impfpflicht.html> vom 13.01.2022

mit's in Deutschland wieder passt“. Ein neuer Nürnberger Prozess solle stattfinden, diesmal mit den Corona-Verbrechern als Hauptangeklagten. Die AfD möchte die ökonomischen Verhältnisse beibehalten und ihre jetzigen politischen Vertreter ablösen.

Die AfD lenkt die Kritik an der Pandemie-Politik auf juristische Fragen ab. Sie bezeichnet sich als „die Grundrechtspartei“, die das „Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit“ verteidigt. Wer das Grundgesetz zur Grundlage seiner Politik macht, müsste eingestehen, dass das Urteil über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen oder Verordnungen der Regierung laut Grundgesetz ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht zukommt (§ 93, Abs. 1 Nr. 1 GG). Das BVerfG jedoch hat die Lockdown-Maßnahmen der Bundesnotbremse als mit der Verfassung übereinstimmend erklärt. Es steht nicht zu erwarten, dass das BVerfG sich der Auslegung der AfD anschließt, dass der Schutz der körperlichen Unversehrtheit durch die Pandemie-Maßnahmen nicht gewährleistet wäre.

Jedenfalls: *„Mit der AfD an der Macht hätte es keinen Lockdown gegeben und keine Impfpflicht, schon gar nichts fürs Pflegepersonal“*, so der AfD-Bundestagsabgeordnete Brandner. Nun, was es mit der AfD an der Macht alles gäbe, können wir nur erahnen, wenn wir an die geistigen Vorväter von Höcke & Co. denken.

Für sozialen Zusammenhalt ...

Die AfD mahnt, dass „Grundrechtseinschränkende Notstandsgesetze“ keine neue Normalität werden dürften. Sie wendet sich dagegen, Ungeimpfte zu Sündenböcken zu erklären und sie als Ursache für eine Verlängerung des gegenwärtigen Ausnahmezustandes zu benutzen. *„Damit würde unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihr Gegenteil verkehrt, nämlich in eine totalitäre Ordnung, die andersdenkende Minderheiten gezielt benachteiligt und ausgrenzt.“* Der Begriff totalitär diente vor allem in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, gemeinsame Wesenszüge von Faschismus und Kommunismus zu behaupten. Die AfD greift also die Regierungsparteien an, die Pandemie-Maßnahmen würden den Weg in eine faschistische Diktatur (totalitäre Ordnung) ebnen. Die AfD steht wegen ihrer Bestrebungen, den Faschismus zu beschönigen unter Druck und schiebt den Vorwurf postwendend an die bürgerlichen Parteien zurück, die sie deswegen vom Verfassungsschutz beobachten lassen.

Die Partei plädiert laut für sozialen „Zusammenhalt statt Spaltung“. Sie vertuscht dabei, dass eines ihrer Hauptziele der Kampf gegen das Zusammenleben und Zusammenarbeiten von Deutschen und Migranten ist. Die AfD greift die Unzufriedenheit der abhängig Beschäftigten auf, der Mehrheit der Bevölkerung. Sie strebt danach, die Unzufriedenheit in eine Richtung zu lenken, die der Erhaltung und Förderung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft dient. Dem dienen Nationalismus und Rassismus. Auch bei ihrer Kampagne „gesund ohne Zwang“ versucht die AfD ihre Kernbotschaft unterzubringen. Es gibt dazu zwei Plakate: „Kontrolliert die Grenzen - nicht die Bürger!“ und „Kontrolliert die Grenzen – nicht unseren Impfstatus!“

Oder für Spaltung durch Nationalismus und Rassismus?

Im Wahlprogramm 2021 heißt es: *„Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“ Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. ... Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Kulturrelativismus und Multikulturalismus führen zu einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehlt. In einer derart fragmentierten Gesellschaft entstehen Konflikte, die kaum noch beherrschbar sind. Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz vor dem Islam seine tradierte Kultur verliert.“* (S. 158) Es geht jedoch nicht um Zusammenhalt aller, sondern um den Zusammenhalt aller Deutschen gegen Migranten. Die AfD propagiert die deutsche Volksgemeinschaft, den Kampf gegen Überfremdung durch Ausländer, die als „Umvolkung“ bezeichnet wird.

Die AfD ist 2013 gegründet worden. Nach der Abspaltung liberaler Kräfte hat sie sich mit Unterstützung des Vorstandsmitglieds Alexander Gauland, einem ehemaligen CDU-Mitglied, ab 2015 in eine offen rassistische Partei verwandelt, die den Kampf gegen Migranten und Einwanderer in den Mittelpunkt stellte. Die AfD knüpft mit dem Begriff „Deutsche Leitkultur“, der sich Migranten unterzuordnen hätten, an die Programmatik von CDU und CSU an.

Der Begriff „Deutsche Leitkultur“ wurde im Jahre 2000 von Friedrich Merz, dem damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, aufgebracht. *„Menschen unterschiedlicher Herkunft können in einem freiheitlichen Land nur auf der Grundlage allgemein akzeptierter Werte ihre Zukunft gemeinsam gestalten.“*¹⁴ Sie hätten sich in die deutsche Leitkultur zu integrieren. 2007 wurde der Begriff „Leitkultur in Deutschland“ in das Grundsatzprogramm der CDU aufgenommen, der Begriff „deutsche Leitkultur“ in das der CSU. Die deutsche Leitkultur werde durch *„Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte“* gebildet, hieß bei der CSU. Im Oktober 2010 hielt Christian Wulff (CDU), Bundespräsident und praktizierender Katholik dagegen: *„Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“*. BILD konterte: *„Warum hofieren Sie den Islam, HerrPräsident?“* Wulff wurde mit einer Rufmordkampagne zum Rücktritt veranlasst. Die Vorstellung der kulturellen Überlegenheit Deutschlands gegenüber anderen Ländern knüpft in harmlosen Gewand an die Tradition des Kolonialismus und Imperialismus an, in der deutsche „Herrenmenschen“ sich zur Herrschaft über „Untermenschen“ aufwarfen.

Die „deutsche Leitkultur“ ist vor allem für die CSU, die christliche Schwesterpartei der CDU, mit dem Islam unvereinbar. *„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“* Die Parole des ehemaligen Innenministers Seehofer (CSU) aus dem Jahr 2018 diente dazu, WählerInnen von der AfD zurückzugewinnen. Die AfD hängte Wahlplakate mit Seehofers Spruch auf. *„Wir sind nicht Burka,“* fasste Innenminister de Maiziere (CDU) 2017 die Grundvorstellung der Deutschen Leitkultur zusammen. Der Spruch könnte auch von Alexander Gauland, dem ehemaligen Bundessprecher der AfD stammen.

Mit aggressivem Nationalismus hat es die AfD bisher schon erreicht, von einem bedeutenden Teil von ArbeiterInnen, kleinen Angestellten und Arbeitslosen gewählt zu werden. Bis zu 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählen die AfD. Bei den Landtagswahlen in Sachsen im Jahre 2021 wählten sogar 35 Prozent der erwerbstätigen Arbeiter die AfD. Sie war die wichtigste „Arbeiterpartei“ geworden. *„Wichtig für uns war, dass wir wieder von den Linken unsere Arbeiter zurückholen, weil wir genau diese Wählerschicht bei uns haben wollen“*, erklärte der AfD-Spitzenkandidat Oliver Kirchner (Markus Wehner, Als ostdeutsche Volkspartei hat die AfD die Linke abgelöst, FAZ 08.06.2021). Die Linke macht es der AfD leicht, indem sie die Corona-Maßnahmen, die ja vor allem ArbeiterInnen treffen, noch verschärfen wollten. Die AfD ist eine bürgerliche Partei, deren Anteil an Wählern aus unteren Schichten (mit – wenn auch ungewollter – Unterstützung von Linken) teilweise schon höher ist als bei anderen bürgerlichen Parteien.

Die AfD lenkt die Unzufriedenheit mit prekärer Beschäftigung, mit Armutslöhnen, Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit als Folgen der kapitalistischen Gesellschaft auf Migranten ab, die als Konkurrenten am Arbeits- und Wohnungsmarkt ausgeschaltet werden sollen. Wenn Menschen anderer Nationalität an Einwanderung gehindert bzw. zur Auswanderung gezwungen werden könnten, ginge es „den Deutschen“ besser. Deren deutsche (christliche) Leitkultur müsse gegen die Überfremdung durch Muslime verteidigt werden. Die AfD propagiert gemeinsame völkische Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital, sofern es sich um Deutsche mit einer deutschen Leitkultur handelt. Die abhängig Beschäftigten zu spalten, in dem sie mit Nationalismus die Konkurrenz unter ihnen anheizt, dient vor allem dazu, die kapitalistischen Interessen, die Existenzunsicherheit und Armut hervorrufen, aus der Schusslinie zu nehmen.

Die AfD nutzt die Opposition gegen die Pandemie-Maßnahmen, um sich als wählbar hinzustellen. Um ihren faschistischen Charakter zu vertuschen, greift sie die jetzigen Regierungen als „totalitär“ an, die selbst auf dem Weg des Faschismus seien. Und in der Tat: Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 19.11.2021 der Exekutive freie Hand dabei belassen, Grundrechte außer Kraft zu setzen, wenn das zum Schutz von Gesundheit und Leben für notwendig gehalten wird. Da-

14 <https://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung-und-Identitaet.html> vom 25.02.2000

mit verzichtete das Gericht auf die Prüfung, ob einzelne Maßnahmen überhaupt Sinn gemacht haben. Es stellt „das Grundgesetz unter einen Pandemievorbehalt“¹⁵ Das heißt, so Heribert Prantl: „Grundsätzlich darf der Staat, sagt Karlsruhe, in hochgefährlichen Zeiten sehr, sehr viel – fast alles. So ein Grundsatz findet sich nicht im Grundgesetz“. Willkürliche, frei verfügte Maßnahmen sind Maßnahmen eines Ausnahmezustandes, der ausgerufen wurde, ohne durch gründliche Untersuchung der Zweckmäßigkeit belegt zu sein. Sportverbote, Schulschließungen, Versammlungsverbote, Maskenpflichten unter freiem Himmel, Demonstrationsverbote wurden freihändig angeordnet. Es fand eine Art Dressur statt, sinnlose Befehle ohne zu fragen in Gefolgschaftstreue auszuführen. Das alles sind Schritte, die einen Ausnahmezustand zur Normalität erklären. Schweden hat bewiesen, dass sich Gesundheit und Leben auch ohne Ausnahmezustand schützen lassen und sogar noch besser, da Maßnahmen, die die Immunabwehr schwächen, weitgehend vermieden wurden. Es gibt auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft, die offensichtlich mit Faschismus vereinbar war und ist, eben auch einen Prozess der Faschisierung, der schleichenden Entwicklung nach Rechts. Das BVerfG und das Grundgesetz steht dem, wie dem Urteil zu entnehmen ist, nicht im Weg.

Was folgt daraus?

Wir lehnen es ab, an Demonstrationen teilzunehmen, die unter der politischen Führung der AfD oder offenen Faschisten stehen, d. h. mit deren Rednern und Parolen bestritten werden.

Die DGB-Gewerkschaften und sich links nennenden Parteien und Organisationen organisieren keinerlei Demonstrationen gegen die gesetzliche Impfpflicht, auch wenn sie ihr teilweise nicht zustimmen. Sie stimmen dem Ausnahmezustand der Pandemie zu. Mehr noch, sie beteiligen sich oft an Kundgebungen, die sich Protesten gegen die Impfpflicht entgegenstellen. Deshalb hat sich eine Massenbewegung die Impfpflichtpläne und Pandemiemaßnahmen unabhängig von den Gewerkschaften entwickelt. Die Losungen Freiheit, Frieden, Selbstbestimmung, freie Impfentscheidung, unter denen Spaziergänge und Demonstrationen stattfinden, sind undeutlich und halbherzig. Innerhalb dieser Massenbewegung sind auch Kräfte tätig, die mit maßlos übertriebenen Anklagen (Genozid oder sogar Holocaust durch Impfen, Krieg gegen das Virus, der das Leben von Milliarden Menschen gefährdet, Impfen tötet, Impfstoff als Massenvernichtungswaffe, Impfpapartheid, Ungeimpfte sind die Juden von heute usw.) einerseits dem Einfluss von Faschisten Vorschub leisten und andererseits durch absurde Übertreibungen Gegnern dieser Protestbewegung insgesamt wiederum eine Steilvorlage liefern.

Wir können die Massenbewegung, die sich entwickelt hat, nicht dem indirekten Einfluss von obskuren Kräften überlassen. Wir begleiten sie deswegen, soweit wir es können, mit unseren eigenen sachlich argumentierenden Flugblättern und erhoffen uns davon einen Beitrag zu größerer Klarheit. Die angeblichen Antifaschisten und VertreterInnen der Regierungsparteien bevorzugen es, alle TeilnehmerInnen als Faschisten, Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Demokratiefeinde usw. im Schnellverfahren abzuurteilen. Das ist ihr erbärmlicher Beitrag zum - in diesem Fall wohl gemerkt von oben verordneten - „Kampf gegen Rechts“. Sie halten es für illegitim, die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in Bezug auf Kritik an den Pandemiemaßnahmen wahrzunehmen. Sie leisten einen erschütternden Beitrag dazu, Ausnahmezustände auszurufen, und politische Entscheidungen auf Ministerrunden und Behörden zu verlagern. Eine kritische Auseinandersetzung darüber wird mit Desinformation bekämpft und in wachsendem Maße der mitunter an private Firmen ausgelagerten Zensur unterworfen. Soll der massive Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte, verbunden mit ununterbrochener Verleumdung von Kritik, etwa ein Beitrag zur Stärkung von Demokratie sein?

15 Heribert Prantl, Grundrechte und Pandemie: Richter ohne Mumm, SZ 3.12.2021